

5/SN-357/ME 1 von 4

**Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung Verfassungsdienst**

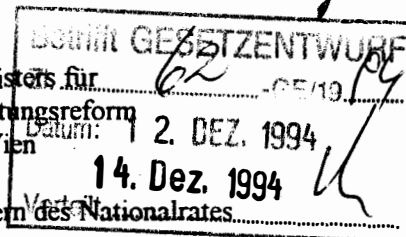
GZ.: VD - 22.00-236/94-11

Graz, am 29. Nov. 1994

Ggst.: Bundesgesetz über die Zulassung, das
Inverkehrbringen und die Verwendung
von Bioziden (Biozidgesetz):
Begutachtungsverfahren.

Bearbeiter: Mag. Christian Freiberger
Tel.: 0316/877/4110
Fax: 0316/877/4395
DVR 0087122

1. Dem Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien
(mit 25 Abdrucken)
2. dem Büro des Bundesministers für
Föderalismus und Verwaltungsreform
Minoritenplatz 3, 1010 Wien
3. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates
4. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates
5. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion)
6. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim
Amt der NÖ Landesregierung
Schenkenstraße 4, 1014 Wien



zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung
Der Landeshauptmann

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:

Gras, Kalle

**AMT DER
STIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG**

8010 Graz, Landesregierung - Rechtsabteilung 12

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie

Untere Donaustraße 11
1020 Wien

Rechtsabteilung 12

Trauttmansdorffgasse 2

DVR 0087122

Bearbeiter **ORR. Dr. Franz Wippel**

Telefon DW 0316 / 877 / 3364

Telex 311838 lrggr a

Telefax 0316 / 877 / 3373

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)
dieses Schreibens anführen

GZ VD - 22.00-236/94-1

Graz, am 29. Nov. 1994

Ggst Bundesgesetz über die Zulassung,
das Inverkehrbringen und die Verwen-
dung von Bioziden (Biozidgesetz);
Begutachtungsverfahren.

Bezug: 03 3670/3-II/6/94

Zu dem mit Note vom 23.9.1994, o.a. Bezug, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Zulassung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Bioziden (Biozidgesetz) wird seitens des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung nachfolgende Stellungnahme abgegeben:

Gegen die im Entwurf des Biozidgesetzes vorgesehenen materiell-rechtlichen Regelungen bestehen grundsätzlich keine Bedenken, da es sich hier vor allem um Maßnahmen handelt, die im Rahmen der Umsetzung von Regelungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union handelt.

Da jedoch für die behördliche Überwachung der Einhaltung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der darauf beruhenden Verwaltungsakte sowie der auf Biozide anzuwendenden Verordnungen der Europäischen Union der Landeshauptmann zuständig ist und sich entsprechender fachlich befähigter Personen zu bedienen hat, wird die Vollziehung dieses Gesetzes auch für die Länder einen erheblichen zusätzlichen Personal- und Sachaufwand mit sich bringen.

Einem derartigen Gesetzesentwurf kann daher nur zugestimmt werden, wenn entweder die im Gesetz vorgesehenen aufwendigen Regelungen vermindert werden oder, daß den Ländern dieser zusätzliche Aufwand entsprechend abgegolten wird.

Bei den Begriffsbestimmungen im § 3 Abs. 1 Z 1 wird unter lit. b der Begriff "schädliche Organismen" verwendet, hingegen wird jedoch in Z 3 dieser Bestimmung der Ausdruck "Schadorganismen" einer Legaldefinition unterworfen.

Im Interesse einer einheitlichen Terminologie sollte der Begriff "Schadorganismen" in allen Gesetzesbestimmungen einheitliche verwendet werden.

Bei der Definition der Begriffsbestimmungen im § 3 Abs. 1 Z 3 für "Schadorganismen" wird vorgeschlagen, den Begriff "Tiere" mit der Einschränkung "Tiere, die nicht Zielorganismen sind" zu ergänzen, um damit eine allfällige Fehlinterpretation auszuschließen.

Im § 10 Abs. 1 Z 2 lit. c sollte bei den Zulassungserfordernissen nach den Worten "auf die Gesundheit von Menschen" eingefügt werden "oder Tiere, die nicht Zielorganismen sind".

Dies erscheint deshalb notwendig, da aus der Bestimmung über die Ziele des Gesetzes im § 1 auch der Schutz der Tiere vorgesehen ist. Es müßte daher auch im Klammerausdruck nach Nahrungsmittel der Begriff "Futtermittel" eingefügt werden.

Bei den Zulassungsvoraussetzungen im § 10 Abs. 1 Z 2 lit. e wären bei der Wortfolge "keine unnötigen Leiden oder Schmerzen" statt den Wörtern "keine unnötigen" das Wort "vermeidbaren" einzufügen.

Dies wird damit begründet, da in verschiedenen Tierschutzrechtsnormen in diesem Zusammenhang stets der Begriff "vermeidbar" verwendet wird; es ist im Zweifelsfall eher möglich festzustellen, welche Schmerzen vermeidbar sind als welche nötig oder unnötig sind.

Zu § 10 Abs. 7 Z 1 wird folgende Formulierung vorgeschlagen:

"1. eine solche Resistenz des Zielorganismus gegen das beantragte Biozid nachgewiesen ist, daß die angestrebte Wirksamkeit des Biozids nicht mehr gewährleistet ist"

Zu § 19 Abs. 1 bezüglich der Abgabe von Bioziden bzw. Wirkstoffen zu Erwerbszwecken und der Ausfüllung eines Sicherheitsdatenblattes wird in Frage gestellt, wie der Betrieb, der abgibt, evidential halten kann, wem er welches Sicherheitsdatenblatt bereits ausgefüllt hat und wie die Einhaltung dieser Vorschrift überprüft werden kann.

Im § 25 Abs. 2 sollte neben dem jeweiligen Zulassungsinhaber oder dem schriftlich bevollmächtigten Vertriebsunternehmer auch der jeweilige gewerbliche Anwender zur schriftlichen Meldung verpflichtet werden.

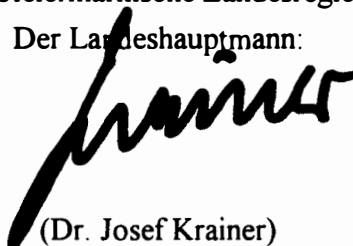
Zu § 43 Abs. 3 wird vorgebracht, daß eine Frist für einen Abverkauf eines Biozides, nachdem es aus dem vorläufigen Biozidregister gestrichen worden ist, aus Gesundheits- und Umweltschutzgründen überhaupt nicht plausibel argumentierbar erscheint. Es sollte lediglich eine Frist für eine schadlose Beseitigung eingeräumt werden; die entsprechenden Worte "für den Abverkauf oder" wären daher zu streichen.

Im Hinblick auf die Ausführungen in den Erläuterungen Punkt I. Z 4. Anwendungsbereich: (Seite 11), wonach unter anderem das Düngemittelgesetz durch das geplante Biozidgesetz nicht berührt werden soll, erscheint es ebenfalls erforderlich, das Düngemittelgesetz 1994, BGBl.Nr. 513, auch in die Liste der im § 44 dieses Entwurfes angeführten bundesgesetzlichen Vorschriften aufzunehmen. In dieser Auflistung sollte außerdem das Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl.Nr. 476/1990, ebenso berücksichtigt werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Abdrucke dieser Stellungnahme zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:



(Dr. Josef Krainer)